

Quelle:

[www.lazarus.at/2019/02/28/de-pflege-demos-und-warnstreiks-erhoehen-oeffentlichen-druck](http://www.lazarus.at/2019/02/28/de-pflege-demos-und-warnstreiks-erhoehen-oeffentlichen-druck)

## DE: Pflege-Demos und Warnstreiks erhöhen öffentlichen Druck



**Wenn Pflegende im Öffentlichen Dienst demonstrieren und (warn-)streiken, unterstützen sie damit auch hunderttausende Kolleg\*innen in der privat geführten Gesundheits- und Sozialwirtschaft. Gekämpft wird Deutschland-weit um mehr Lohn und - vor allem - mehr Personal und bessere Arbeitsbedingungen.**



***Demos in München (Bild), Würzburg, Erlangen, Nürnber, Regensburg und weiteren Städten erhöhen den Druck auf öffentliche und private Arbeitgeber.***

© Lino Mirgeler/ dpa

Zwar gebe es laut der Gewerkschaft Ver.di eine jederzeit funktionsfähige medizinisch-pflegerische Versorgung, die Arbeitsniederlegungen seien dennoch für die Bevölkerung deutlicher als bislang spürbar geworden. Dies erhöht den

Druck auf die Politik, endlich den Weg für flächendeckende Tariflöhne in der Pflege frei zu machen.

Eine Streikteilnehmerin an der Uniklinik Würzburg skizzierte das stetig wachsende Dilemma zwischen Bedarf und Wirklichkeit im Gesundheitswesen gegenüber dem Bayrischen Rundfunk so: „Die Patienten werden immer älter und wir natürlich auch. Wir arbeiten oft bis an unsere Grenzen. Ich kenne so viele Kollegen, die so nah am Burn-out sind. Keiner traut sich mal, sich krank zu melden, weil das immer auf die anderen Mitarbeiter zurückfällt. Es ist einfach nicht mehr tragbar. Wir können nicht mehr.“

## **Mindestens 300 Euro/Monat mehr für Pflegende gefordert**



Ver.di fordert für alle öffentlich Bediensteten der Bundesländer +6 Prozent Lohnerhöhung, mindestens aber 200 Euro mehr im Monat - für Pflegekräfte sogar 300 Euro monatlich. Für Wechselschichtler an Kliniken fordert Verdi außerdem eine Anhebung des Zusatzurlaubs. Lehrlinge sollen nach der Ausbildung übernommen werden. Die Länder hatten diese Forderungen als überzogen zurückgewiesen.